

Antrag 7/1/2022

AsF Teltow-Fläming, AsF Brandenburg, UBV Teltow-Fläming

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Diskriminierung in der Partei vorbeugen und begegnen

1 Die Unterbezirke der SPD Brandenburg werden
2 aufgefordert, eine*n Anti-Diskriminierungs-
3 Beauftragte*n in für jeden UBV zu benennen.
4 Der/die Beauftragte ist für zwei Jahre gewählt.
5 Der/die Beauftragte wird vom UB-Vorstand und
6 Kreisbüro unter strenger Wahrung ihrer Unabhän-
7 gigkeit unterstützt. Insbesondere zählen hierzu die
8 Finanzierung der politischen Bildungsarbeit, der
9 Öffentlichkeitsarbeit und die Vorbereitung sowie
10 Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen im
11 Kreis, in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaf-
12 ten.

13 Die Aufgaben sind folgende:

- 14 • Als Ansprechperson steht sie zum einen der
15 gesamten SPD bei der Sensibilisierungsarbeit
16 vor Ort zur Verfügung. Kontinuierlich arbeitet
17 sie an der Ausarbeitung von Maßnahmen zur
18 Bekämpfung von Diskriminierung und Sexis-
19 mus
- 20 • Wenn es im Unterbezirk mehrfach zu diskrimi-
21 nierenden oder sexistischen Vorfällen kommt,
22 steht der/die Beauftragte Betroffenen als ver-
23 trauliche Anlaufstelle zur Verfügung. Der/die
24 Beauftragte unterstützt die Betroffenen mit
25 dem Ziel, die unerwünschte Verhaltenswei-
26 sen sofort zu unterbinden. Wenn die Betroffen-
27 en es wünschen und es die Umstände zulassen,
28 bemüht sich der/die Beauftragte um ein
29 vermittelndes Gespräch, um Verhaltensände-
30 rungen herbeizuführen und Missverständnisse
31 auszuräumen. Zudem informiert der/die
32 Beauftragte die Betroffenen über mögliche
33 weitere Schritte. Die betroffene Person oder
34 die Personengruppe allein entscheidet dar-
35 über, ob es ein Verfahren gibt und auf wel-
36 che Art und Weise dieses eingeleitet werden
37 soll. Jede Entscheidung, die von den Betroffen-
38 en gefällt wird, wird von dem/der Beauftrag-
39 ten akzeptiert und respektiert.

40

41 Begründung

42 Durch die Etablierung von UB Anti-

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landesvorstand

43 Diskriminierungsbeauftragten soll sowohl Sex-
44 ismus, d.h. Benachteiligung durch die Geschlechts-
45 zugehörigkeit, als auch sexuelle Übergriffe und
46 Nötigung unterbunden werden.

47 Diskriminierung ist und bleibt ein Tabuthema. Es
48 wird darüber geschwiegen. Vielen Frauen fällt es un-
49 heimlich schwer darüber zu reden. Es ist vielleicht
50 peinlich oder man fühlt sich selbst schuld. Wir wol-
51 len den Betroffenen eine Anlaufstelle bieten, um
52 diese Form von Diskriminierung sichtbar machen.

53 Frauen sind weiterhin in kommunalpolitischen Äm-
54 tern unterrepräsentiert. In den Stadträten deut-
55 scher Großstädte ist durchschnittlich nur ein gutes
56 Drittel der gewählten Mitglieder weiblich. Zu die-
57 sem Schluss kommt eine aktuelle Studie der Fern
58 Universität in Hagen. Und noch ein aktuelles Bei-
59 spiel aus der Wirtschaft: Die häufigsten Namen bei
60 Vorstandsvorsitzenden sind Thomas und Stephan.
61 Und siehe da: die häufigsten Namen in Vorständen
62 sind Thomas mit 30 Prozent und Michael mit 29 Pro-
63 zent.

64 Laut einer aktuellen Untersuchung des Meinungs-
65 forschungsinstituts Allensbach hält es jede drit-
66 te Frau für bedeutsam, innerparteiliche Stellen zu
67 schaffen, an die sich Frauen wenden können, wenn
68 sie mit Sexismus oder sexueller Belästigung kon-
69 frontiert sind.

70 Diskriminierung in all seinen Formen und Ausprä-
71 gungen hat in unserer Partei keinen Platz! Wir dul-
72 den keine Form von Diskriminierung und akzep-
73 tieren auch keinerlei Sexismus, weder gesamtge-
74 sellschaftlich, noch im politischen Tagesgeschäft.

75 Die Bekämpfung sexistischer und diskriminieren-
76 der Muster beginnt im eigenen UBV und ist Aufga-
77 be jeder Genossin und jedes Genossen. Es ist un-
78 sere moralische Pflicht die SPD zu einem diskrimi-
79 nierungsfreien und anti-sexistischen (Schutz-)Raum
80 zu gestalten. Die jüngsten Sexismus-Vorfälle bei der
81 Linkspartei belegen: Oftmals wird nicht offen ge-
82 sprochen, obwohl akuter Handlungsbedarf besteht.